

Volksblatt

Nummer 3

Dienstag, den 4. Januar

Jahrgang 1927

Das Jahr der Nationalisierung.

Von Dr. Emil van den Boom, N.-Glabbeek.

Kongresse und Kartelle stellen als ihren Hauptzweck hin, wieder Ordnung bringen zu wollen in die durch die Kriegs- und Inflationswirtschaft aus den normalen Bahnen geworfene deutsche Volkswirtschaft. Wenn es einmal eine Zeit gegeben hat, wo die Vertreter des Kongressgedankens glauben der Meinung sein zu dürfen, das Kartell habe sich überlebt und der Kongress, insbesondere der vertikale, sei die Wirtschaftsform der Zukunft, so hat der tatsächliche Verlauf der Dinge ihnen recht gegeben. Die Kongressbildung ist zwar weiter fortgeschritten und zwar derart, daß man 1926 als das Jahr der Zusammenschlüsse bezeichnen kann, aber nicht in vertikaler Richtung, sondern mehr in horizontaler. Daneben haben sich aber auch die Kartelle behauptet, speziell die Syndikatsbildung ist stärker und strenger geworden. Kongresse und Kartelle sind heute die Wirtschaftsformen geworden, die sich mehr und mehr an die Stelle der kleineren und mittleren Einzelunternehmungen zu setzen drohen.

Das oben genannte Ziel der Kongresse und Kartelle kann man auch umschreiben als die Absicht, durch Besetzung oder Verminderung des Verkaufs der Produktion auf der Grundlage geeigneter betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Maßnahmen zu einer Verbesserung und Verbilligung der Produktion zu gelangen. Soweit die energische Verfolgung dieser Ziele, die man unter der Bezeichnung „Nationalisierung“ zusammenfaßt, von wirklichen Erfolgen begleitet ist, wird man, so starken Bedenken diesen Vorgängen auch gegenüberstehen mögen, diese vorläufig in Kauf nehmen müssen. Diese Bedenken aber sind recht mannigfaltig und betreffen Industrie und Handel fast gleichmäßig, bei ersterer die mittleren und kleineren Unternehmungen. Es kommt wohl nicht von ungefähr, wenn auch in den bisher bereits vorliegenden Berichten von Industrie- und Handelskammern auf diese Seite der Zusammenschlußbewegung nachdrücklich hingewiesen wird. So bespricht z. B. die Hamburger Kammer zwar die Vorteile der Zusammenschlüsse, aber auch die Nachteile. Und mittlerer Industriebetriebe, so rationalisierten Betrieben, soweit diese für die Führung noch überflüssig bleiben, sie weiß jedoch wiederholt darauf hin, daß in dem Streben der Unternehmungen nach Häufung von Vermögensmacht und starker Kraftentfaltung eine beträchtliche Gefahr liegt. Es sei zu befürchten, daß die Leitung solcher übergrößen Betriebe in erster Linie möglichst gleichmäßige und sichere Rentengewinne anstreben würden und so dem persönlichen Wagemut des einzelnen, der seine Entschlüsse stets rasch der jeweiligen Lage anpaßt, kein genügender Spielraum mehr bleibt.

Daneben besteht eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Bürokratisierung, die heute teilweise schon festzustellen ist. Des ferneren hat bereits festgestellt werden können, daß eine nebeneinander arbeitende Mehrzahl selbständiger Unternehmungen einen Wirtschaftszweig zu höherer Blüte zu bringen vermöge, als ein Konzern, der einen bestimmten Erwerbszweig zu höherer Blüte zu bringen vermöge, als ein Konzern, der einen bestimmten Erwerbszweig gleichsam monopolartig umfaßt, aber alle früher unabhängigen Existenzen nach und nach in Preisgebetenheiten und Verkaufsvereine umwandelt und damit die selbständige Initiative durch ein schematisches Arbeiten nach erteilten Richtlinien ersetzt. So sehr aus wirtschaftlichen Gründen Zusammenschlüsse notwendig sind, so kann doch die Aufgabe der deutschen Industrie in organisatorischer Beziehung nicht darin bestehen, wenige riesenunternehmungen zu schaffen. Es ist daher immerhin erforderlich, wenn auch von einem Reichsverband der Deutschen Industrie nachstehenden Seite es als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik in Deutschland bezeichnet wird, „das kleine und mittlere Unternehmertum zu erhalten und zu kräftigen. Es wäre falsch und schädlich, wenn eine übermäßige Ausdehnung der Zusammenschlußbewegung die Aufrechterhaltung des kleinen und mittleren Unternehmertums gefährden würde.“

Unserhin verdient besonders Beachtung zu werden, daß diese durchaus angebrachte Kritik an der Zusammenschlußbewegung vorwiegend vom Handel ausgeht, der sich besonders berufen fühlt, „sich gegen ein übermächtig wirtschaftlicher Machtanwuchs zu wenden, die seine Stellung einengt.“ Das trifft sowohl für den Einzelhandel als auch den Großhandel zu. Beide drohen an Abfall zu verlieren, der erstere durch die Absatzorganisation der Erzeugerzusammenschlüsse selbst, der letztere ebenfalls, wenigstens in seinen mittleren und kleinen Unternehmungen, da die Kongressbildung mit Typisierung und Standardisierung zu einem Verschwinden der Spezialgeschäfte sowie zu einer Konzentration auch im Einzelhandel (Warenhäuser, Einkaufsgesellschaften) beiträgt. Zwar braucht der Großhandel hinsichtlich der Einengung seiner Absatzmöglichkeiten nach Erklärungen maßgebender Männer aus der Industrie, so auf der Großhandelsversammlung in Düsseldorf, im Augenblick eine allzu große Befürchtung nicht zu hegen. Sie haben betont, daß sie durchaus willens sind, das Absatzproblem und die Kreditverhältnisse wie

Der Friedensruf des Vatikans an Frankreich.

Die päpstliche Kurie und die Locarnopolitik.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 3. Januar. (Eig. Draht.)

Die Neujahrsansprache des päpstlichen Nuntius in Paris wird mit Recht als eine offene Befürwortung der von Briand geleiteten Locarno-Politik und eine deutliche Warnung an die chauvinistischen Kreise, welche noch immer gegen den Verständigungsgehalt Sturm laufen, angesehen. Es ist wohl auch kein Zufall, daß just zu gleicher Zeit der Pariser Kardinal, zweifellos in Verfolg diesbezüglicher Weisungen des Heiligen Stuhls, dem französischen Kardinal die Zugehörigkeit zu der friedensfeindlichen Liga action française unterlagte.

Die Entscheidung, mit welcher die päpstliche Kurie durch ihren diplomatischen Vertreter in Paris für die Briand-Politik eintritt, verdient in der Tat alle Beachtung. Sie muß jedenfalls den chauvinistischen Heißspornen zu denken geben. Selbst das konservative „Journal des Débats“ erklärt unumwunden, daß es einen der größten Erfolge Briands darstelle, daß seine Diplomatie die Willigung des Heiligen Stuhls erhielt. Man kann tatsächlich darauf gespannt sein, ob nunmehr diejenigen französischen Katholiken, welche noch immer in dem Bann des Deutschenhasses verstrickt sind und als A und O ihrer politischen Weltanschauung die Verfallener Diktat betrachten, den Friedensmahnruf des Vatikans ungehört an sich abprallen lassen.

Höchst überflüssig erscheint es uns, daß der Präsident der französischen Republik sich bemüht, in seiner Erwiderung auf die Rede des Nuntius die Notwendigkeit der loyalen Erfüllung der Verfallener Verträge zu unterstreichen. Wir können völlig einem der Wilhelmstraße nachstehenden Berliner Blatt zu, wenn es betont, daß kein vernünftiger Politiker jemals daran gedacht hat, daß die Locarno-Verträge den Verfallener Vertrag ersetzen sollten, wohl aber wird, wenn der Gedanke einer der Verfallener Verträge im Sinne der Locarno-Verträge zunächst auszuliegen und dann auch zu revidieren sein. Denn er ist, um mit dem französischen Präsidenten Doumergue zu sprechen, ein Produkt jenes Egoismus, der darauf abzielt, die Macht eines Staates auf dem Ruin seiner Nachbarn aufzubauen. Im übrigen wird es auch von unseren vormaligen Gegnern anerkannt, daß Deutschland den Verfallener Vertrag im allgemeinen loyal erfüllt hat, und daß die wenigen noch vorhandenen Differenzpunkte am Verhandlungstisch beglichen werden können. Und jedenfalls darf auch die Friedensmahnung der päpstlichen Kurie dahin gedeutet werden, daß man auch im Vatikan das Verfallener Diktat, das ja die eigentliche Quelle der Europa fortwährend erschütternden Zwietracht und Friedenslosigkeit bildet, als ein sehr reformbedürftiges Produkt rückfälliger Diplomaten betrachtet, welches baldigt einer gründlichen Revision im Geiste von Locarno zu unterliegen ist.

Die Aufnahme der Ansprachen in der französischen Presse.

Paris, 2. Januar. Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht hier der Austausch der Neujahrsansprachen aus Anlaß des Empfanges des diplomatischen Korps beim Präsidenten der Republik. Die Presse widmet der Betrachtung beider Ansprachen ganze Spalten und hebt besonders die Bedeutung

vor den verantwortlichen, sachverständigen Schultern eines soliden Großhandels zu überlassen. Wer, so meint man hier, die Verhältnisse können sich ändern, und deshalb ist es Sache des Großhandels, aufzupassen und „Gewehr bei Fuß“ zu stehen.

Am stärksten ist bisher von der Nationalisierung wohl die Arbeitnehmerschaft getroffen worden, weil durch sie hunderttausende von Arbeitskräften freigesetzt worden sind, die heute notgedrungen feiern müssen. Alle Nationalisierung hat nur Sinn, wenn die durch gesteigerte Produktivität verbilligte Erzeugung einen stetig wachsenden Absatzmarkt findet, sobald der Unternehmer auch bei bescheidenem Gewinnanteil durch den großen Umsatz zu ausreichendem Verdienst gelangen kann, umgekehrt der Arbeitnehmer in billigen Preisen bzw. höheren Löhnen von ihr zu profitieren vermag und die Arbeitskräfte, die heute als Opfer der Nationalisierung feiern müssen, wieder in der Erzeugungsprozesse hineingelangen. Wenn die Arbeitnehmer sich mit der Nationalisierung als einer nicht zu umgehenden Wirtschaftsnöwendigkeit abgefunden haben, so glauben sie andererseits feststellen zu müssen, daß der zweite Zweck und die dritte Folge, Preisverbilligung und Behebung der Arbeitslosigkeit, noch kaum erreicht worden sind.

Hierzu größeren Erfolgen zu gelangen, wird die wesentlichste Aufgabe der Wirtschaftsführung im neuen Jahr sein müssen.

der Worte des päpstlichen Nuntius hervor, die sie mit Befriedigung als eine Willigung der französischen Außenpolitik bezeichnet. Allerdings vergißt die „nationale“ Presse, die allen Ruhm für das Friedenswerk in Europa für Frankreich in Anspruch nimmt, daß es die deutsche Initiative war, die nach Locarno führte. Auch versucht man in chauvinistischen Kreisen den Eindruck zu erwecken, daß allein Frankreich um die politische Atmosphäre zu bereinigen. Bezeichnenderweise geht man mit Still-schweigen über den Ausbruch hinweg, dessen geistiger Vater Poincaré war, der auch gegenwärtig wieder am Ruder ist. Der „Temps“ unterstreicht in seinem Kommentar, daß der Heilige Stuhl die absolute Aufrichtigkeit des Friedenswillens anerkennt, der die Außenpolitik Frankreichs befehle. Das Vatikannimmt allerdings die Stelle der Antimilitarischen Doumergues, in der dieser von der friedlichen Zusammenarbeit und der Notwendigkeit allerseitigen guten Willens spricht, zum Anlaß eines Seitenhiebcs gegen Deutschland, dessen guten Willen es natürlich in Frage stellt.

Zwei Briand-Interviews.

Paris, 3. Jan. Das „Journal“ veröffentlicht ein Interview, das Briand einem Mitarbeiter des Vatikans gewährte. Briand erklärte, der Vertrag von Locarno komme das Hauptverdienst zu, den Vertrag von Versailles, von dem man erzählt habe, daß er durch Gewalt erzungen sei, durch eine freiwillig zustande gekommene Abmachung bestätigt zu haben. Ueber die Annäherung an Deutschland erklärte Briand, daß diese nichts Leichtes sei. Der geringste Zwischenfall löse eine Polemik aus. Dies gelte auch für den bedauerlichen Zwischenfall von Landau. Aber, sobald Frankreich die Begnabigung der Beurteilten vorgenommen habe, hätten die Polemiken aufgehört. Das sei darauf zurückzuführen, daß in Deutschland und in Frankreich doch manches anders geworden sei. Nach Wiederzusammentritt des Parlaments müsse eine klare präzise Auslassung erfolgen, damit man in Frankreich wisse, was man wolle und damit man wähle. Die Stunde sei gekommen, vor dem Lande die Verantwortung zu übernehmen. Die Behauptungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Poincaré sowie anderen Kabinettsmitgliedern seien reine Fantasie. Briand stellte dann ferner eine Entschiedenheit in Europa fest. Ein System der Schiedsgerichtsbarkeit ersehe das System der Gewalt. Um den Frieden zu wahren, genüge es nicht, davon zu sprechen, sondern man müsse energisch wollen und organisieren. Das hindere übrigens nicht, daß alle gewünschten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden.

Auch der Außenminister des „Matin“ hatte eine Unterredung mit Briand, in deren Verlauf der französische Minister des Neupresen erklärte, das Jahr 1926 habe in Europa eine Friedenskränkung geschaffen, die ein solides Werkzeug gegen die Gefahr eines Krieges biete. Den deutsch-italienischen Vertrag bezeichnete Briand als eine Abmachung, die sich in das allgemeine Friedenssystem einfüge, dessen qualifizierter Garant der Völkerverbund sei. Die deutsch-italienischen Zwischenfälle habe er für vorübergehende Erscheinungen. Briand schloß mit den Worten, daß er mit allen seinen Kräften die Friedenspolitik verfolgen werde, solange er die Verantwortung für die Beziehungen Frankreichs zu den anderen Nationen trage.

Kombinationen.

(Berlin, 3. Januar. (Eig. Draht.)

Die offizielle Fühlnahme des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zwecks Lösung der Regierungskrise wird bekanntlich erst am 10. Januar beginnen, weil zu diesem Termin der Hauptausschuß des Reichstages, dem die maßgebenden Fraktionsführer angehören, zur Beratung des Staatszusammentritts. Auch die Fraktionsvorsitzende und mehrere Parteiläuscher halten ihre Besprechungen erst Ende dieser oder Anfang nächster Woche ab. In eine entscheidende Phase der Entwicklung sind wir also noch nicht eingetreten. Trotz dieser feststehenden Tatsache geht es in der Reichs- und Landpresse mit dem Jonglieren der Namen von Kanzlerkandidaten lustig weiter. In der Reichs- und Landpresse gilt es natürlich als ausgemachte Sache, daß der Reichspräsident einen deutschen Nationalen Vorkzieht mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt und daß der neue Reichskanzler selbstverständlich ein ausgesprochenes Reichstagsmitglied, womöglich ein Mitglied der „Rechten“, auf die Beine stellen werde. In dieser Hinsicht winkt aber selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ab, der zwar eine „Große Rechte“ nicht unwillkommen wäre. In der Linkspresse dagegen, so besonders in der „Welt am Montag“, glaubt man die Auswahl für den Reichspräsidenten bereits soweit beschränkt zu haben, daß er entweder den jetzigen Reichspräsidenten Volpert oder den stellvertretenden Vorsitzenden der

Zentrumsfraktion Stegerwald beauftragen werde. Bezeichnend ist, daß man dabei in Blättern, die durchwegs die gleiche politische Richtung verfolgen, den beiden Abgeordneten ganz verschiedene Absichten zuschreibt. Dr. Curtius soll bald eine Mehrheitsregierung der Rechten versuchen wollen, während er an anderer Stelle für eine Mehrheitsregierung der Linken und an dritter Stelle für ein Beamtenkabinet der großen Volksgemeinschaft, angeblich sogar von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, in Anspruch genommen wird. Stegerwald soll bald die Absicht der Großen Koalition, bald die Absicht eines Minderheitskabinetts der Mitte mit freier Hand gegenüber den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen haben. In Wahrheit haben beide Abgeordnete noch nicht einmal mit ihren Fraktionen Rücksprache genommen.

Preussisches Kultusministerium und Deutsche Studentenschaft.

Zwischen der Deutschen Studentenschaft (DSt) und der Zusammenfassung der an den deutschen Universitäten bestehenden studentischen Selbstverwaltungsbildungsorganisationen, und dem preussischen Kultusministerium ist neuerdings eine Spannung eingetreten, die auf antisemitische Reaktionen des größeren Teiles der Studentenschaft zurückgeht. Es handelt sich dabei um das sogenannte Prinzip, um das auch von 1919 bis 1922 in den studentischen Verfassungskämpfen gerungen wurde. Diese Kämpfe drehten sich bekanntlich um die Grundfragen „arische“ oder „Staatsbürgerprinzip“. Stütz 2 der auf dem Würzburger Studententag von 1922 beschlossenen Satzung lautet: „Die reichsdeutschen Studentenschaften müssen die Mitgliedschaft mindestens allen vollmatrikulierten Studierenden deutscher Reichsangehörigkeit und solchen deutscher Abstammung und Muttersprache gewähren.“ Diese Satzungsbestimmung, die es den einzelnen Studentenschaften überläßt, ob sie beispielsweise jüdischen Studenten aus Oesterreich die Mitgliedschaft gewähren wollen, während sie sie nicht jüdischen Deutsch-Oesterreichern gewähren müssen, hat im Mai dieses Jahres im preussischen Landtag zu einer Aussprache über das Thema „Studentenrecht“ und — gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wölkigen — zu dem Beschluß geführt, das Kultusministerium aufzufordern, die Verordnung der preussischen Staatsregierung vom 18. September 1920 so abzuändern, daß sich die preussischen Studentenschaften fernerhin nur mit solchen Studentenschaften außerhalb Preußens koalieren dürfen, die in gleicher Weise zusammengesetzt sind. Gleichzeitig soll die Zugehörigkeitsformel der preussischen Einzelstudentenschaft einheitlich wie folgt festgelegt werden: „Die vollmatrikulierten Studierenden deutscher und österreichischer Staatsangehörigkeit sowie die auslanddeutschen Studierenden, die vom Rektor als solche anerkannt sind, an einer Universität oder Technischen Hochschule bilden die Studentenschaft.“

Zu dem ersten Teil der Entscheidung des Landtags ist erläuternd zu bemerken, daß die Studentenschaften an den deutschen Hochschulen Oesterreichs, der Tschechoslowakei und Danzigs nur arische Mitglieder aufnehmen. Aber diese Studentenschaften gehören auch mit zur Deutschen Studentenschaft. In Deutschland ist es so, daß im größeren Teile der Deutschen Studentenschaften der antisemitische „Hochschulring deutscher Art“ die Mehrheit hat, während dies in verschiedenen westdeutschen Studentenschaften nicht der Fall ist.

Auf Grund des erwähnten Landtagsbeschlusses hat nunmehr vor kurzem der preussische Kultusminister Dr. Becker an die preussischen Einzelstudentenschaften eine ultimative Anfrage gerichtet. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Der preussische Landtag hat bei den Verhandlungen über den Staatshaushalt des Jahres 1926 einen Antrag auf Abänderung des preussischen Studenteneinheitsgesetzes angenommen. Zwei Punkte sind es im wesentlichen, in denen die gegenwärtig bestehende Regelung innerhalb der Studentenschaften von den Absichten der Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 abweicht: die Abänderung der Auslandsdeutschen in der Einzelstudentenschaft und die Auslegung des Begriffs der „entsprechenden Organisationen“, mit denen der Zusammenschluß zu einem Gesamtverbande zulässig ist. Hinsichtlich der Aufnahme auslanddeutscher Studenten in ihren Kreis haben die einzelnen Studentenschaften zum Teil eine Erklärung abgegeben, die dem Geist des § 1 der Staatsministerialverordnung keine Rechnung trägt. Ich verlange nicht, daß eine einzelne preussische Studentenschaft von solchen Schülern freigegeben haben, muß aber als Vertreter des Staates eine einheitliche Handhabung im Geiste gleichmäÙiger Berücksichtigung aller an preussischen Hochschulen studierenden Auslandsdeutschen für staatspolitisch unerlässlich erachten. Da die Einzelstudentenschaften ebenso wie z. B. die Fakultäten als Einzelglieder des Selbstverwaltungkörpers der Studentenschaft ihre Zusammenfassung durch Rektor und Senat erhalten, ist der angelegte Weg zu einheitlicher Handhabung bei der Zulassung auslanddeutscher Studenten die Mitwirkung des an der Spitze des Selbstverwaltungkörpers stehenden Rektors. Die studentischen Vereinigungen der auslanddeutschen Hochschulen, mit denen die deutsche Studentenschaft gegenwärtig in Koalition steht, sind auf der anderen Seite nicht „entsprechende Organisationen“ im Sinne der erwähnten Verordnung.

Die Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 läßt, wie auch der angeführte Landtagsbeschluß, ungenügend eine doppelte Lösung der Koalitionsfrage zu, die großdeutsche und die reichsdeutsche. Mit der Studentenschaft hätte ich die großdeutsche Lösung

zur die erwünschte, aber es muß wenigstens eine große deutsche Einigung sein. Die zur Zeit bestehende ist nicht großdeutsch, sondern reichsdeutsch, unter Einziehung arischer Sondergruppen auslandsdeutscher Hochschulen, und bedeutet deshalb nicht eine Förderung, sondern geradezu eine Gefährdung des großdeutschen Gedankens. Entweder findet also die Koalition der preussischen Studentenschaften so statt, daß alle auslandsdeutschen Studentengruppen, und nicht nur wie bisher die arischen in die Koalition eintreten, oder aber die preussischen Studentenschaften schließen nur mit reichsdeutschen Studentenschaften. Zwischen beiden Lösungen wird die Studentenschaft zu wählen haben.

Auf den gesunden Sinn vertrauen, der noch immer in Stunden erster Kriese die akademische Jugend befeuert, hat, rufe ich die preussischen Studentenschaften auf, die Staatsregierung nicht in die Zwangslage zu bringen, die der Studentenschaft vom Staat selbst freiwillig und gern gewährt werden sollte, wie vor allem das Recht der Zwangsbesteuerung, wieder auszuheben. Ich kann aber nicht umhin, auf den Ernst der Entscheidung hinzuweisen. Die Staatsregierung ist nicht länger in der Lage, den derzeitigen Zustand zu dulden. Bedenken die Studentenschaften die Größe der Aufgaben und Pflichten, die ihnen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung im Dienste des Vaterlandes beizubringen, so dürfte ihnen die Befestigung der zurzeit bestehenden Abweichungen von der geltenden Staatsministerialverordnung um so wünschenswerter sein, als damit eine endgültige Beilegung der Verfassungskämpfe in der Studentenschaft gewährleistet wäre. Ich hoffe, daß sich die preussischen Studentenschaften der Verantwortung für ihren mit meinem Ersuchen gestellten Fragen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihren Rektoren stellen, deren Tat eingestanden ist, daß sie bereit sind, solchen einzelnen Studentenschaften oder die Deutsche Studentenschaft noch Unterstützung oder Beratung in Einzelfällen zu leisten. Einem endgültigen Stellungnahme jeder einzelnen Studentenschaft durch die Hände der Rektoren sehe ich bis zum 1. März entgegen. Nachstehend dieses Ersuchen habe ich auch dem Vorstand der Deutschen Studentenschaft zugehen lassen, mit dem Anbegriffen, sich hierzu zu äußern.

Die ultimative Forderung des preussischen Kultusministers paßt natürlich der völligen Mehrheit der Deutschen Studentenschaft, als deren Sprecher sich ihr Vorstand sehr erregt äußert, ganz und gar nicht. Er hat es für notwendig gehalten, auf das Schreiben des Ministers sofort mit einer Einspruchskundgebung zu antworten.

Darin wird ausgedrückt, daß die bisherige Satzung in ihrem föderalistischen Grundprinzip jeder Einzeluniversität das Recht einräumt, über den Mindestbesitz (alle Studierenden deutscher Reichsangehörigkeit und Staatsbürger ausländischer Staaten, soweit sie deutscher Abstammung, Muttersprache und Gesinnung sind) hinaus auch noch andere Mitglieder aufzunehmen. Es werde von der Landtagsmehrheit zu Unrecht der Vorwurf der „rein bürgerlichen Zusammenfassung“ erhoben. Außerdem greife der Minister durch das Koalitionsverbot für die preussischen Studentenschaften in ebenso einschneidender wie unzulässiger Weise in das gemeinsame deutsche und auslandsdeutsche Hochschulwesen ein.

Neues wird in diesem Einspruch also nicht gesagt. Außerhalb der amtlichen Rundgebung versucht der Vorstand der studentischen Zentralorganisation die Lage als einen der deutschen Studentenschaft aufgewungenen Kampfs gegen Willkürmaßnahmen einer zufälligen parlamentarischen Mehrheit zu kennzeichnen. Der Vorstand vertritt den Standpunkt, daß einem rein parteipolitisch bedingten und periodischen Wechsel unterworfenen Kreise, wie dem preussischen Landtag, nicht das Recht zuzukommen dürfe, durch die Ausübung eines schweren wirtschaftlichen Drucks (Drohung mit der Aufhebung der Zwangsorganisation, Entziehung der Beiträge u. a.) die Rechte einer seit mehreren Jahren ministeriell versicherten Selbstverwaltungsgemeinschaft zu beschränken. Auch mit diesen Sägen werden die Darlegungen des Ministers nicht entkräftet. Die Juden genießen seit Jahrzehnten in Deutschland volle Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern, und daher kann auch die Staatsregierung bei einem mit ministerieller Genehmigung gebilligten Selbstverwaltungskörper nicht eine Differenzierung zulassen, weil diese einer zurzeit noch völligen Mehrheit in der Studentenschaft gefällt. Es ist im übrigen sehr zweifelhaft, ob sich alle preussischen Einzeluniversitäten der vom Vorstand der Deutschen Studentenschaft herausgegebenen Parole (Abkündigung des umstrittenen Landtagsbeschlusses vom Mai d. J.) fügen werden. Die Studentenschaften der Universitäten Bonn und Heidelberg haben sich auf Beschluß ihrer Kammern bereits ablehnend geäußert und dem Berliner Vorstand damit die Gefolgschaft gekündigt.

Der andere Scholz.

Der Zentrumskabineordnete Adam Roeder, der von Haus aus ein konfessionell-süddeutsches Gepräge ist, erzählte in der von ihm herausgegebenen „Süddeutschen Konfessionslosen Korrespondenz“, daß der Vater der Weimarschloßstraße, Dr. Scholz, früher mit besonderem Eifer für das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gewirkt habe. Scholz war damals Beigeordneter beim Wiesbadener Stadtmagistrat und versuchte wiederholt, in den „Rheinischen Kurier“, den Roeder damals redigierte, Artikel zu bringen, die die Auffassung vertraten, man müsse — es war im Jahre 1903! — mit der Sozialdemokratie patieren, da sie sich gemäßigert habe und deshalb nicht mehr prinzipiell ausgeschlossen werden dürfe.

Die Arbeit der Landtagsausschüsse.

Berlin, 3. Jan. Im Preussischen Landtag, der bekanntlich seine erste Plenarsitzung nach den Weihnachtsferien am 18. Januar abhalten wird, werden die Ausschüsse bereits am morgigen Dienstag mit der Fortsetzung der Vorberatung der neuen Landtagsordnung beginnen. In der folgenden Woche wird am 10. Januar der Hauptauschuss mit den Staatsberatungen beim Wohlfahrtsausschuss beginnen. Der zur Durchberatung des Entwurfs eines neuen eingeleiteten Ausschusses wird am 13. Januar seine Arbeiten aufnehmen. Außerdem werden bis zur Wiederaufnahme der Plenarsitzungen der Rechtsausschuss, der Osthanssachverständigenrat und der Geschäftsordnungs-Ausschuss tagen. Im Rechtsausschuss steht u. a. der kommunikative Antrag auf Strafverfolgung des Reichsgerichtspräsidenten wegen der Führung der Kammersache in Landberg a. d. Warthe, sowie die Revision zum preussischen Gerichtsverfassungsgesetz zur Erledigung.

Deutsches Reich.

Die nächste Kabinettsitzung.

Berlin, 3. Jan. (Eig. Draht.) Durch einen Teil der Presse läuft die Meldung, daß das Reichskabinet am Mittwoch zum erstenmal im neuen Jahre wieder

Neue Befakungszwischenfälle.

In Mainz.

(Mainz, 3. Jan. Die „Mainzer Anzeiger“ berichtet, wie am Neujahrstage des Nachmittags ein französischer Fliegeroffizier in Gonsenheim in die Straßenbahn. An der Station Wagon-Fabrik wollte er das Ende des Fahrsteins umgeändert haben, was der Schaffner ablehnte, da eine nachträgliche Änderung gegen die Vorschriften verstöße. Darauf verlangte der Offizier von dem Beamten, den Strich auf dem Fahrsteine wegzuräumen, und eine neue Markierung vorzunehmen. Als der Schaffner dieses Ersuchen mit der Begründung ablehnte, daß er sich dadurch einer Urkundenfälschung schuldig machen würde, antwortete der Offizier mit einem Schlag ins Gesicht des Schaffners, der glücklicherweise wie auch die anderen Mitfahrenden seine Beherrschung nicht verlor. Der Offizier gehört dem 33. Fliegerregiment an.

In Wörsdorf.

(Wiesbaden, 3. Januar. Vor dem englischen Militärgericht fand heute die Vorverhandlung der Wörsdorfer Angelegenheit statt. In Wörsdorf hatte am Weihnachtstage eine Schlägerei zwischen englischen Soldaten und einigen jungen Leuten stattgefunden, die

zusammengedrungen wurde. Diese Meldung kann von zutreffender Stelle nicht bestätigt werden. Bis jetzt ist keine Kabinettsitzung in dieser Woche vorgesehen. Es liegt kein Anlaß vor, anzunehmen, daß am Mittwoch eine Sitzung stattfindet.

General v. Pawels fährt nach Paris.

(Berlin, 3. Jan. General v. Pawels und Legationsrat Forster begeben sich Ende der Woche zur Fortführung der Verhandlungen über die Frage der Ostseefragen, die in Genf während der Waisungung des Völkervertrages offen gelassen worden ist, nach Paris.

Die Aufnahme des Eupen-Malmedy-Auftrags in Brüssel.

Brüssel, 3. Jan. Der Neujahrswunsch der Presse von Eupen, Malmedy und St. Vith, die gemeinsam in ihren Neujahrswünschen die belgische Regierung auffordert, eine zweite Volksabstimmung in den abgetretenen Gebieten zuzulassen, hat in der hiesigen Presse einigermaßen Eindruck gemacht. „Nation belge“ und andere Blätter machen den Deutschen den Vorwurf, daß sie eine systematische Propaganda gegen den Verfall treiben. Man dürfe nicht glauben, daß die Bevölkerung der betreffenden Gebiete tatsächlich eine derartige Kampagne billige. Die belgische Regierung wird aufgefodert, umgeben eine einschneidende Erklärung abzugeben, in der eine neue Volksabstimmung abgelehnt wird. In Regierungskreisen ist demgegenüber zur Stunde noch nicht das geringste über eine eventuelle Stellungnahme zu erfahren. Es verläutet, daß die Regierung auf den Presseauftrag nicht weiter eingehen werde, da man nicht annehme, daß eine unmittelbare und spontane Demonstration der Stimmung in den Gebieten von Eupen und Malmedy darstelle.

Mussolinis Kriegserklärung an die Junggefallen.

Rom, 1. Januar.

Die „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht das neue italienische Gesetz über die Junggefallensteuer. Mussolini äußerte sich durch die Regierungspresse dazu mit folgenden Worten:

Die Pflichtigkeit ist eine der wichtigsten Angelegenheiten des Gemeinlebens, die die Entwicklung einer Nation bedingt. Sie ist unteilbar wie die Lehre vom Nationalismus selbst. Wenn ich bedenke, daß mehr als eine halbe Million heimatlicher junger Männer unseres italienischen Vaterlandes im Alter von 25 bis 65 Jahren unversehrt sind, so sehe ich mich dazu gezwungen, einzugreifen. Ich ziehe darauf hin, dieser Bedrohung augenblicklich ein Ende zu machen. Diefem Zwecke dient dieses strenge Gesetz, das alle Junggefallen zwischen 25 und 65 Jahren mit einer erheblichen Steuer bestraft, deren Ertrag einem Nationalfonds zufließt, um in erster Linie die ärmeren Schichten zur Beschäftigung zu ermächtigen und in zweiter Linie die kriegswichtigen Kinder und Waisenunterstützung zu können. Könnte ich die Junggefallen mit Gewalt zur Ehe zwingen, würde ich dies tun. Das ist unmöglich. Unparteiliche und ehrenhafte Gefühle aber lassen sich dagegen mit Rechtigkeit durch eine wirksame Maßnahme in Gestalt einer namhaften Steuer davon überzeugen, daß es bei weitem billiger ist, sich eine Lebensgefährtin zu suchen, als unversehrt zu bleiben. Eine Nation gleicht einer lebendigen Pflanze. Länder, die infolge von Krankheit, Selbstsucht und Freude am Nichtstun die gesundheitsmäßige und nor-

deshalb in Haft genommen worden waren. Der Verteidiger der Angeklagten verlangte die Freilassung der vier Inhaftierten unter Hinweis darauf, daß es sich um ungeschulte Gemeindeglieder handelte, denen die besten Zeugnisse zur Verfügung ständen. Der Zivilanwalt sei durch das Herausfordern des Benehmen der Soldaten hervorgerufen worden. Der Antrag des Verteidigers wurde vom Staatsanwalt abgelehnt. Die Hauptverhandlung wird in kürzester Zeit stattfinden.

In Rehl.

(Freiburg, 3. Jan. In Rehl haben am Silvesterabend drei französische Soldaten in betrunkenem Zustand einen von der Arbeit kommenden Mann vom Rade heruntergeworfen, der sich angeblich über sie lustig gemacht haben soll. Dabei nahmen sie ihm die Fahrradräder weg. Einen zweiten Radfahrer wollten sie gleichfalls vom Rade herunterreißen und sollen ihm mit Erschießen gedroht haben, der Mann entkam jedoch. Deutsche Gendarmen hat mit einem französischen Gendarmen die Soldaten sofort verfolgt und sie trotz ihres Zeugens untersucht. Dabei wurde die entwandene Laterne vorgefunden. Die drei Soldaten wurden auf die Wache gebracht.

male Entwicklung der menschlichen Gemeinde vernachlässigen, sind der Gnade tatkräftiger Nachbarn ausgeliefert, denen das Gebieten ihrer Nation heiligste Herangelegenheit ist. In Italien lastet die nationale Pflicht der Entwicklung normaler und gesunder Fortpflanzungsmöglichkeit ganz auf den Schultern der Armen. Ich will, daß nicht länger sie allein die Verantwortung einer solchen Verantwortung zu tragen brauchen. Der Junggefallene empfängt im Laufe seines ganzen Lebens außerordentliche Vorteile vom Staat, ohne ihm als Entschädigung neue Bürger zu schenken. Hat er ein gewisses Alter erreicht, so fällt er dem Staat tatsächlich zur Last.

Vom heutigen Tag ab soll der Junggefallene die Frage beantworten müssen: Was hast du zum Nutzen des Staatswesens getan? Die Junggefallen sind die bürdenreiche, die überflüssigen Glieder, die der Pflanze, die die menschliche Gemeinschaft darstellt, anhängen. Wäre es mir gegeben, würde ich sie mit dem Messer entfernen. Aber ich gebe das bessere zu tun. Ich will diesen unglücklichen Mitglieder der Nation ungeheure Lasten in Gestalt von Steuern auferlegen, bis sie davon zugrunde gehen.

Diaz abermals geschlagen.

New York, 3. Jan. Die Truppen des Präsidenten Diaz von Nicaragua haben bei Telica eine neue schwere Niederlage erlitten und fliehen in das Innere des Landes. Die liberalen Truppen beherrschen die Straße nach der pazifischen Küste, die vom Hafen Corinto über Leon nach der Hauptstadt Managua führt, wonach die konservativen Truppen von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten werden können.

Managua, 3. Jan. Nach der Schlacht zwischen den Liberalen und den Konföderierten wurde kein Versuch gemacht, die Leichen zu begraben. Zahlreiche Verwundete blieben in benachbarten Stämmen liegen und fanden dort den Tod. Kaufleute von Leon freuten sich über den Schicksal der Konföderierten, der zahlreiche Kämpfe der zentralamerikanischen Revolutionen mitsch, berichtete, daß der Anführer nach der Schlacht unversehrt geblieben sei und daß er sich abwenden müßte, da er solche Schreckensszenen nie gesehen hätte. Der Oberkommandierende der konservativen Kräfte gibt bekannt, daß es notwendig sein wird, jeden tauglichen Mann zwischen 12 und 50 Jahren unter die Fahnen zu rufen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Neujahrsempfang in Wien.

Wien, 2. Jan. Bundeskanzler Dr. Seipel überbrachte gestern dem Bundespräsidenten Hainisch namens der Bundesregierung die Glückwünsche zum Jahreswechsel. Der Bundespräsident dankte in seiner Erwiderung der Freude darüber Ausdruck, daß das Land der Schwierigkeiten Herr geworden sei.

Erholungsreise Briand.

Paris, 3. Jan. Briand hat heute Paris verlassen, um einige Tage Erholung zu suchen. Wie die Abendpresse wissen will, soll es sich um eine etwa zehntägige Abwesenheit Briands handeln, der sich im Auto nach Südfrankreich begeben haben soll.

Die Rantonlagge auf den Seesolländern.

Paris, 3. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Macao ist durch telegraphische Mitteilung der Generalinspektion angeordnet worden, daß auf den Seesolländern vom 1. Januar an die Flagge der Rantonregierung gehißt werde.

Kaiser Hirohito leicht erkrankt.

Tokio, 3. Jan. Kaiser Hirohito leidet an Fieber und Appetitlosigkeit und muß das Bett hüten. Seine Krankheit soll eine Folge von Ermüdung und ungesunder Ernährung sein.

Raubmord auf Bornum.

Hannover, 3. Jan. In der vergangenen Nacht kurz vor 1.30 Uhr nahmen fünf junge Leute in der Bahnhofstraße eine dort haltende Autobus, um mit ihr nach Bornum zu fahren. In schneller Fahrt durch die Nacht, deren Führer der Chauffeur August Thiesbürger aus der Verffingerstraße 1 war, umfing ein der Insassen einen Schuß ins Genick. Die Kugel ging durch den Hals und wirkte sofort tödlich. Die Autofahrer beraubten den Chauffeur und verschwand. Sie sind bis jetzt noch nicht ergriffen. Das Thiesbürger'sche Auto wurde nach der Tat von einem aus der Richtung Remmendorf kommenden Auto auf der Straße stehend aufgefunden. Der Chauffeur gab noch Lebenszeichen von sich, verstarb aber gleich darauf. — Die Kriminalpolizei meldet dazu noch folgendes: In der letzten Nacht gegen 1 Uhr 25 minieten fünf junge Leute am hiesigen Hauptbahnhof die Autobus Nr. 46 zu einer Fahrt. Gegen 1 Uhr 40 wurde der Wagen etwa 200 m vor Bornum auf der linken Seite der Hofstraße vor einem Baum stehend von dem Besitzer eines hannoverschen Privatwagens aufgefunden. Der Führer und Besitzer der Wagens, August Thiesbürger, Verffingerstraße 1 wohnhaft, sah in schwerverletztem Zustande am Steuer. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb er. Thiesbürger hat von einem seiner Fahrgäste aus einer 7,65 mm Pistole einen Schuß in das Genick erhalten, der an der rechten, vorderen Halsseite herausgetreten ist. Die Kugel wurde im Wageninnern aufgefunden. Das Wechselgeld ist ebenfalls geraubt. Durch das Eingekommen des Privatwagens sind aufeinander die Täter gestürzt, denn eine größere Geldsumme ist dem Thiesbürger befallen worden. Die Täter sind im Alter von etwa 25 Jahren, alle dunkel gekleidet, zwei tragen schwarze Stiefel und drei andere Schlapphüte.

Aus aller Welt.

Gleichvergiftung.

Marien, 2. Jan. Gestern spät abends wurde zu der in der Bahnhofstraße wohnenden Familie Gendrich der Arzt gerufen, da sämtliche fünf Familienmitglieder an eigentümlichen Erscheinungen erkrankt waren, die die schlimmsten Vergiftungen rechtfertigten. Der Arzt stellte Vergiftung fest und ordnete die Überführung der Erkrankten ins Krankenhaus an. Die Vergiftung ist durch den Genuß von verdorbenem Fleisch oder schlechter Wurst hervorgerufen. Wo das Fleisch oder die Wurst gekauft worden ist, konnte nicht festgestellt werden, da keiner von den Erkrankten vernunftfähig war.

Einbruchdiebstahl.

Berlin, 3. Jan. In der vergangenen Nacht drangen Diebe über die Dächer in das Kassenhaus des öffentlichen Kassenhauses „Motta Giti“ in der Friedrichstraße ein und erbeuteten 10 000 Mark.

Seltene Beute einer Fotteliebhabers.

Berlin, 3. Jan. Hotelbesitzer drangen in das Zimmer eines durchreisenden höheren Reichswehroffiziers ein und stahlen während einer kurzen Abwesenheit des Zimmerhabers aus einem Koffer einen 800 Jahre alten Teppich im Werte von 20 000 Mark. Silber-Zusammenstoß zwischen Militär- und Zivilpersonen.

Breslau, 3. Jan. In Breslau kam es in der Gasse zwischen der Hauptstraße und der Hauptstraße zu einem Zusammenstoß zwischen einem Militär und einem Zivilisten, wobei ein Soldat durch Messerhiebe in die Brust schwer verwundet wurde. Zu einem weiteren Zusammenstoß kam es dann noch im Hofen der Stadt auf dem Haag.

Grippeepidemie.

Breslau, 3. Jan. Infolge der ungünstigen Witterung ist hier eine Grippeepidemie ausgebrochen. Bei der Allgemeinen Ordentlichen Versammlung der Stadtverordneten sind einige tausend Krankheitsfälle angemeldet. Im allgemeinen verlaufen die Krankheitsfälle gutartig.

Rauchvergiftung.

München, 3. Jan. Bei einem heute Abend in der Großen Marthalle in München durch unvorsichtiges Anzünden einer Petroleumlampe in einem Kabinraum entstandenen Brand, der sich rasch ausbreitete, erlitten durch starke Rauchvergiftung Feuerwehreinheiten eine Rauchvergiftung. Sie mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Das Feuer konnte nach dreistündiger Tätigkeit gelöscht werden.

Neue Erdölsteine in Albanien.

Rom, 3. Jan. Nach einer Meldung aus Bari haben sich dort in Albanien neuerdings mehrere Erdölsteine ereignet, die eine große Panik hervorgerufen. Der neue Sultan hat seine Tätigkeit fortgesetzt.

Feuer in einem Kino in Palermo.

Rom, 3. Jan. Tribuna berichtet aus Palermo, daß dort in einem vollbesetzten Kino während der Vorstellung Feuer ausbrach. Infolge der entstandenen Panik wurden 14 Personen verwundet, darunter 3 schwer.

Explosion einer schwedischen Dynamitfabrik.

Kopenhagen, 3. Jan. Gestern Abend ist in Graen-gesberg das Depothaus einer Dynamitfabrik in welchem 1200 Kilo Dynamit lagerten, in die Luft geflogen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Ursache der Explosion dürfte auf Selbstentzündung zurückzuführen sein.

Blut eines Fremdenlegionärs.

Paris, 3. Jan. Wie Savas aus Rabat berichtet, melden die Blätter, daß ein Legionär den letzten Atemzug des Legationens aus Marokko niedergeschossen habe. Eine Anzahl Soldaten hatte in den Augenblick, als der Legionär verhaftet werden sollte, für ihn Partei ergriffen. Sie seien ebenso wie jener festgenommen worden.

Folgeschwerer Brand im spanischen Kriegsministerium.

Madrid, 3. Jan. Um 4 Uhr morgens brach heute im Kriegsministerium aus bisher noch nicht aufgefundenen Gründen ein Brand aus. Das Feuer, das erst nach drei Stunden gelöscht werden konnte, hat die topographische Abteilung des Ministeriums mit sämtlichen Aktenbüchern vernichtet.

Beisitzwechsel im New Yorker Zeitungswesen.

Washington, 3. Jan. Das angesehenste New Yorker Handelsblatt „Journal of Commerce“ sowie der „New York Commercial“ sind von den Gebrüdern Ribbet, den Besitzern der führenden deutschen amerikanischen Organen der „New Yorker Staatszeitung“, aufgekauft worden. Sie werden von morgen an unter der Leitung des bisherigen Chefredakteurs des „Journal of Commerce“, Dr. Walter Willis, als ein Blatt unter gemeinsamem Titel erscheinen. Die Auflage der beiden Blätter zusammen beträgt etwa 40 000 Exemplare. Der Kaufpreis wird mit rund drei Millionen Dollars angegeben. Die Gebrüder Ribbet übernehmen zwei Drittel der Bonds, die öffentlich ausgeteilt werden, um die Transaktion zu finanzieren.



Der Weltreformblätter Dr. Pelzer als Lehrer in Wörsdorf. Bei der praktischen Arbeit.

Jeder Leser
Wissen". Diese
Jedes Heft ent
es ein Ende d
der Planeten."
Telegraphie."
ition." Der v

Endlich

kommt wieder die günstigste Einkaufs-Gelegenheit des Jahres,
die Sie wohl alle kennen u. auf die Sie schon lange warten, mein

Inventur-Ausverkauf.

Sein Ziel ist: Räumung auf jeden Fall! Durchgestrichen sind
die alten Preise und rücksichtslose Preisherabsetzungen vorge-
nommen, um dieses Ziel zu erreichen. Kommen Sie rechtzeitig
u. prüfen Sie meine Einzelangebote in den folgenden Anzeigen.

Donnerstag früh 8 1/2 Uhr geht's los!

S.B. Löwenstein

Reichsverband der Ruhe- und Wartelandsbeamten

Das Mitglied Hauptlehrer i. R.

Viktor Hülsmann

ist gestorben.
Beerdigung am Mittwoch, 5. Januar,
vorm. 8.20 Uhr in Dingden. Abfahrt
7.42. Rege Beteiligung erwarten.
b.89 DER VORSTAND.

Nachruf.

Unser liebes Vorstandsmitglied

Herr August Stenner

wurde uns nach langer, schwerer Krank-
heit durch den Tod entrissen. Wir
verlieren in ihm eines unserer
treuesten Mitglieder. Sein Eifer für
den Verein war vorbildlich. Er wird
uns als Sportkollege unvergesslich
sein.

Radfahrer-Verein

„Diana“

Dingden i. W.

Das Sechswochenseelenamt

für die verstorbenen

Frau Ww. Gerhard Demming

findet statt am Dienstag morgen
7 1/2 Uhr in der St. Josef Kirche,
wogu freudl. eingeladen wird.

Kath. Deutscher Frauenbund

Anmeldungen für den

Nähkursus

werden Mittwoch, den 5. Januar, in
der Reichshausstelle von 8 bis 7 Uhr an-
genommen.

Unserer verehrlichen Kundschaft, allen

Verwandten, Freunden und Bekannten

zum Jahreswechsel ein herzliches

„Prosit Neujahr!“

Möge allen im neuen Jahre viel Glück

und Gottes reichster Segen beschieden

sein! ek87

Familie Johann Peters,

Textilwarenhandlung,

Werth i. W.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern
lieben Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel, den
Herrn Hauptlehrer i. R.

Viktor Hülsmann

gestern abend 9.30 Uhr zu sich in die Ewigkeit zu
nehmen. Er starb gottgegeben nach langem, schwerem,
mit christlicher Geduld ertragenem Leiden, wohlvor-
bereitet durch den andächtigen Empfang der heiligen
Sakramente, im Alter von 64 Jahren.

Die Seele des teuern Hingeshiedenen wird den
Priestern beim hl. Opfer und dem Gebete der Gläu-
bigen, besonders seiner ehemaligen Schüler, emp-
fohlen.

Die Trauernden Angehörigen.

Dingden i. W., Cleveland D., Bocholt, Düsseldorf, den
1. Januar 1927.

Die Beerdigung und die feierliche Erquien
finden statt in Dingden am Mittwoch, den 5. Januar,
8 1/2 Uhr vormittags.

Nachruf!

Am Sylvesterabend entschlief sanft und ruhig das
Ehrenmitglied unseres Vereins

Herr Hauptlehrer i. R.

Viktor Hülsmann

in Dingden.

Der liebe Verstorbene war Mitbegründer unseres
Vereins. Gern und freudig blente er seiner guten
Sache. Solange sein Gesundheitszustand es ihm nur
erlaubte, nahm er stets und eifrig an allen Ver-
anstaltungen teil, und ob seiner hohen Geistesgaben
galt überall sein Rat u. sein Urteil viel. Sein Lebens-
würdiges Wesen machte ihn uns allen zum Freunde.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Bocholt, den 3. Januar 1927.

Kath. Lehrerverein Bocholt-Land.

DRUCKSACHEN
J. & A. TEMMING, NOBELSTR. 6.

Du warst so gut,
du starbst so früh,
mer dich gekannt,
vergibt dich nie.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem
unerforschlichen Rathschlage gefallen, heute morgen
6 Uhr unsern innigsten, hoffnungsvollen Sohn,
unsern guten, unvergesslichen Bruder

August Stenner

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach
langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden, öfters gestärkt mit den Heilmitteln der
heiligen, katholischen Kirche, im blühenden Alter von
19 Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um ein
andächtiges Gebet für die Seele des lieben Ver-
storbenen

die Trauernden Angehörigen.

Dingden, London, Xanten, Oberhausen, Duisburg,
den 1. Januar 1927.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch morgen
um 1/2 nach 8 Uhr vom Sterbehause aus, darnach das
Seelenamt in der Pfarrkirche zu Dingden.

G. Elsinghorst, Ravardistraße

Juno, Cora, H-Ofen

Die bevorzugten Qualitätsmarken.

Reichhaltige Auswahl!

Großer Umsatz,

daher billige Preise.

Wagen vorgerückter Saison

10 Prozent Rabatt.

Aufstellen gratis

G. Elsinghorst, Ravardistraße.



Wer seine Geflügelzucht rentabel gestalten, frühlegende reuten
und auch Eier im Winter erhalten will, muß die Stoffe füttern, die
sich die Hühner im Frühjahr durch Würmer, Insekten und Grün-
fütter in der freien Natur suchen.

Magut-Geflügelfutter

bietet diese Stoffe und hat sich jahrzehntlang glänzend bewährt.
Harrer Banhoff, Hemmerde, schreibt am 24. Dezember: „Magut
hat sich glänzend bewährt. Für den Winter kenne ich kein besseres
Eierproduktionsfutter als Magut.“
Stadttrat Dr. Greverus, Schönbach (Eibe), schreibt: „Habe mit
Ihrem Magut hervorragende Resultate (viele Winterreier) erzielt uhm.“
Zu haben bei: H. Gebbing, Bocholt; Paul Wint, Bocholt, Dangen-
bergstraße; J. Kampmann, Samenhandlung; Ferd. Meynen, Drogerie,
Borfen.

Am Dreikönigstage 5.30 Uhr

letzte Aufführung

des mit großem Beifall aufgenommenen

Weihnachtsstückes

„Krippe u. Stern“

im Vereinshaus St. Joseph.

Der berühmte, vielbelächte

Provinzonkel

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

im (Feiertag)

Apollo-Theater

in seinem lustigen Schlager:



Der Provinzonkel

Das Nachtleben von Berlin.

6 Alte größter Heiterkeit!

Darsteller: Jacob Tiedke, Margarete

Kupfer, Diane Gaid, Harry

Harbi, Siegfried Arno,

Witte Voring, Fritz Ram-
pers.

2.

Das wunderbare Filmwerk:

Verkaufte Mädchen

Ein ergreifendes Bild aus dem

modernsten Leben in 7 Akten.

3.

„Er“ weiß sich zu helfen

Auffspiel mit Harold Lloyd.

Nieder

Kreisblatt
Stadtkreis
Katholischer
des Landrats
von Bielefeld
Intern und
des Kreises
Organ
der Zentrumsp

Numme

Soll u

Zarf man nach
liche Meinung zum
fassung der Wähler
Zweifel ihr größer
als die wichtigste
deutschen Parlamen
durch einen Regierun
einer Wahlrechtsnob
bereitung dieser Ref
Arbeit geworden, i
heiligen Reichsinne
für diese notwendig
ren und sich die gel
Es wird die Aufga
als bisher ihre Weir
druck zu bringen, um
Parlament, dessen
einer Wahlrechtsref
Interesse dafür zu n

Einen eigenarti
Verhinderung
Zentrumsabgeordn
seiner „Züddeutschen

„Zu Weihnachte
mit der 13. Minis
Strifen werden sich
nicht aus dem for
demokratisch-fo
entwickeln: das Vo
nimmt aus der stärk
wählt sich seine Min
Stärke, oder Nach
aber unter Berücksich
treffenden Parteien
oimu der Session se
Vertrauensvotum.

wird mit den Parte
Männer erwählt für
ische Moment.
neit dauert für
Wahlkreis
Das ist das sonse

Da die gegenwärt
und nicht zu vermei
das nicht bleiben, u
unter Wahl verdräng
den Parlamentarism
werden werden soll
— Vielleicht der rei

Deutschland ist es
Republik muß ande
den. Zu diesem geb
tarismus: einhebe
Zirkonabstische
rlich-politische
und dem Volk

Roll hat die viele
wahlstystem fass, das
erstellte Liste aufzotr
Methoden verbindet:

eine Ergänzung in
Reichstagsabgeordn
Tageblatt“ den Auf
mit einer Kritik an
Methoden verbindet:

„Die letzte Krise,
geboren aus der U
Wehrheitsverhältnis
gang zu ertragen.
die Unnatur zu
ten Kunst und Z
tiller und Führer,
Zusammen erfordert, ist
länger erreicht worden
daß die Wehrheiten
Alle vier Wochen ein

Die Folgen diese
klar. Der Reichst
gegenüber dem
ist in den letzten
— geräumt worden,
Es ist gewiß, daß e
stimmung veranla
bildeten als wenn
gefaßt wurde. Die
Krisen verwirrt
wahren Willen de
achten, wenn das
Und politischen Wi
Woge ein Gesche
zu bringen, son
und wirtschaftliche
stimmen Richtung
Wirtschaftspara
zinssteuern und M
auch von der politis
die geradezu die W
wo von vornherein
wirtschaftliche Un
ist. Das Volk urte
Parlamentarier —

In unserem Fall
aus Nachdenken und
dennoch eigen
sollen, wenn m
bilden. Wichtige
gen, weil ihre Wä
treten können. W
anderer Situation
leicht ein Unglück;
lich besteht die gan
der Sorge um A
gleichgültig, v

„Alles Ding hat
muß leiden.“ Das
an uns, weil wir
Heilsbildung, misch
Korrell läßt nun
achtet, daß die G
heitsverhältnis